

Wer hat Angst vor "Klimaflüchtlingen"? Wie die mediale und politische Konstruktion des Klimawandels den politischen Handlungsspielraum strukturiert

Angela Oels, Anabela Carvalho

Angaben zur Veröffentlichung / Publication details:

Oels, Angela, and Anabela Carvalho. 2012. "Wer hat Angst vor 'Klimaflüchtlingen'? Wie die mediale und politische Konstruktion des Klimawandels den politischen Handlungsspielraum strukturiert." In *Das Medien-Klima: Fragen und Befunde der kommunikationswissenschaftlichen Klimaforschung*, edited by Irene Neverla and Mike S. Schäfer, 253–76. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.
https://doi.org/10.1007/978-3-531-94217-9_12.

Nutzungsbedingungen / Terms of use:

licgercopyright



Wer hat Angst vor „Klimaflüchtlingen“? Wie die mediale und politische Konstruktion des Klimawandels den politischen Handlungsspielraum strukturiert

Angela Oels & Anabela Carvalho

Wie wirkt sich die Medienberichterstattung über den Klimawandel auf die Politik aus? Und inwiefern nutzt die Politik die Medien für ihre Zwecke? Diese Fragen stehen im Mittelpunkt dieses Beitrags und werden sowohl auf theoretischer Ebene als auch anhand zweier Fallbeispiele diskutiert.

Das Verhältnis zwischen Medien und Politik ist von komplexen Wechselwirkungen geprägt. Die Medien sind weder Marionetten in den Händen der Regierenden, noch allmächtige Akteure gegenüber der Politik. Wie wir im Folgenden zeigen werden, nehmen die Medien v. a. auf die Problemdefinition und das Agenda-Setting Einfluss. Die Medien beeinflussen v. a., welche Themen auf der politischen Tagesordnung landen. Aber auch in der Phase der Evaluation von ergriffenen politischen Maßnahmen üben Sie Einfluss aus. Die politischen Entscheidungsträger kontrollieren ihrerseits den rechtlichen, ökonomischen und institutionellen Rahmen, in dem die Medien operieren. Sie berücksichtigen die Medien bei der Planung ihres Vorgehens, um im Inland Unterstützung für bestimmte politische Vorhaben zu mobilisieren. Zu diesem Zweck werden die Medien gezielt mit Informationen versorgt. Des Weiteren werden die Medien in der Außenpolitik gern genutzt, um eine Botschaft an andere Staaten zu schicken oder um die Reaktion auf ein mögliches politisches Vorhaben auszutesten.

Für den Fall des Klimawandels zeigen wir einige Besonderheiten im Verhältnis von Medien und Politik auf, die sich aus der bisher vorliegenden Forschung ergeben. Hier hat die politische Agenda eindeutig größeren Einfluss auf die Medienberichterstattung als umgekehrt. So hat die politische und die wissenschaftliche Agenda den Zeitpunkt und die Quantität der medialen Berichterstattung beeinflusst, zunehmend aber auch das Framing (Weingart u. a. 2000). Allerdings lässt sich belegen, dass – wenn auch zu einem geringeren Anteil – umgekehrt auch die Politik von den Medien unter Handlungsdruck gesetzt wurde, so bspw. im Vorfeld des Klimagipfels von Kopenhagen im Dezember 2009.

Ein besonderer Fall der Interaktion zwischen Medien und Politik ist die sogenannte Versichertheitlichung. Nach der Kopenhagener Schule liegt Versichertheitlichung dann vor, wenn ein Thema als eine existentielle Bedrohung dargestellt wird, die außergewöhnliche politische Maßnahmen erforderlich erscheinen lässt (Buzan u. a. 1998: 21). Im Fall

des Klimawandels werden „Millionen von Klimaflüchtlingen“ von einigen westlichen Tageszeitungen als Bedrohung für die Industrieländer konstruiert (Oels 2012; Farbotko 2011). Zum einen werden die Bewohner tief liegender pazifischer Inselstaaten teils als die ersten „Klimaflüchtlinge“ in den Entwicklungsländern bezeichnet (Farbotko 2011). Zum anderen wurden die Überlebenden von New Orleans nach Hurrikan Katrina als die ersten „Klimaflüchtlinge“ in den Industrieländern bezeichnet (Giroux 2006). Anhand dieser zwei Fälle wird in diesem Beitrag illustriert, welche Auswirkungen die Darstellung von „Klimaflüchtlingen“ als Sicherheitsbedrohung auf die politischen Handlungsoptionen hat bzw. hatte.

Unser Beitrag beginnt mit einer Einführung in die wichtigsten Theorien, mit denen die wechselseitige Einflussnahme von Medien und Politik theoretisch beschrieben worden ist. Der zweite Abschnitt stellt einige Besonderheiten des Verhältnisses von Medien und Politik in Bezug auf den Klimawandel dar. Der dritte Abschnitt fokussiert die Aufmerksamkeit auf einen Spezialfall der Interaktion zwischen Medien und Politik: die Versichertheitlichung. Im vierten Teil werden dann die zwei bereits erwähnten Fallbeispiele vorgestellt, in denen „Klimaflüchtlinge“ als Sicherheitsbedrohung dargestellt wurden, und die politischen Konsequenzen dieser Mediendarstellung diskutiert. Im Schlussteil heben wir den Forschungsbedarf in diesem Untersuchungsfeld hervor.

1 Theoretische Perspektiven auf den wechselseitigen Einfluss von Medien und Politik

Die Einflüsse der Medien auf die Politik sowie der Politik auf die Medien in demokratischen Gesellschaften sind auf theoretischer Ebene in sehr unterschiedliche Begriffe gefasst worden. In einer der ersten wissenschaftlichen Untersuchungen zur Rolle der Medien in der internationalen Politik argumentierte Bernard Cohen (1963), dass die Presse im „strategic center“ des Entscheidungsprozesses der amerikanischen Exekutive sowie des Kongresses angesiedelt sei. Cohen definierte drei Rollen, die von der Presse in der Außenpolitik eingenommen werden können: Beobachter, Teilnehmer und Katalysator. Cohen war der erste, der beobachtete, was später als Agenda-Setting-Funktion der Medien bekannt wurde: „[The press] may not be successful much of the time in telling people what to think, but it is stunningly successful in telling its readers what to think about.“ (Cohen 1963: 13) Das Konzept des Agenda-Setting wurde von McCombs und Shaw (1972) weiterentwickelt und gewann an Einfluss. Es geht hier um drei verschiedene Agenden: die Agenda der Medien, die öffentliche Agenda und die politische Agenda, die sich jeweils wechselseitig beeinflussen.

Zu Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts lieferte Walter Lippmann in *Public Opinion* (1922/1960) eine interessante Beschreibung davon, wie „manufacture of consent“ durch die Medien erfolgt. Lippmann hatte eine zutiefst pessimistische Haltung was die Wirkungsweise der Demokratie anging. In seinen Untersuchungen zeigte er, wie Individuen

von politischen Entscheidungsträgern manipuliert wurden, und wie deren Wahrnehmung der Realität sich einfach durch medialisierte Kommunikation und Propaganda formen ließ. Ähnlich haben auch Noam Chomsky und Edward S. Herman die Medien als Werkzeug im Dienst der jeweils dominanten Ideologie untersucht, die das „nationale Interesse“ stets im Sinne der Interessen der herrschenden politischen Elite definiert. In Untersuchungen zur US-Außenpolitik und der Medienberichterstattung über Fälle wie El Salvador, Osttimor und die terroristischen Anschläge vom 11. September 2001 zeigten Herman und Chomsky (1988; Chomsky 1997), dass die Medien „necessary illusions“ in den Köpfen der Bürger erzeugen würden (Chomsky 1989). Der Mediendiskurs – oder dessen Ausbleiben – spielt eine zentrale Rolle in der Außenpolitik von Staaten, argumentieren Herman und Chomsky. In ihrem Buch *Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media* (1988) stellten Herman und Chomsky ihr „Propaganda-Modell“ dar, in dem sie Erklärungen für die unterwürfige Rolle der Medien in der amerikanischen Außenpolitik entwickelten. Zu diesen Erklärungen zählen die Abhängigkeit der Medien von offiziellen Quellen, die „Religion des Antikommunismus“ (während des Kalten Krieges, aber auch allgemein), die Konzentration der Eigentumsanteile an den Medien in den Händen weniger und die engen Verflechtungen zwischen Wirtschaft und Medien, insbesondere die Abhängigkeit der Medien von Werbung. Zu einer ähnlichen Einschätzung kommt auch W. Lance Bennett (z. B. 1988/2008) in *News: The Politics of Illusion*. Bennett arbeitete die Bedeutung strategischer Kommunikation heraus. Er untersuchte, wie verschiedene politische Akteure versuchen, ihre Sichtweise in die Schlagzeilen zu bringen.

Im Gegensatz zu den bisher vorgestellten Studien boomte in den 1990er Jahren eine andere Einschätzung der Rolle der Medien rund um den sogenannten CNN-Effekt. Gemeint ist die Fähigkeit der Medien, Druck auf Staaten auszuüben, damit bestimmte Maßnahmen ergriffen werden, wie bspw. die „humanitäre“ Intervention in Somalia 1992. Boutros-Ghali, der damalige Generalsekretär der Vereinten Nationen, nannte CNN das „sixth member of the Security Council“, so groß war der vermutete Einfluss von CNN auf die mächtigsten Staaten der Erde. Neuere Studien relativieren oder hinterfragen den CNN-Effekt eher (Robinson 2001; Gilboa 2005).

Die komplexe Rolle und Funktion der Medien in der Gegenwart kann letztlich weder darauf reduziert werden, dass die Medien allmächtige Akteure gegenüber der Politik darstellen, noch darauf, dass sie Marionetten in den Händen der Regierungen sind. Es ist wichtig, zwei Fragen genauer zu untersuchen: Wie berücksichtigen politische Entscheidungsträger die Medien bei der Planung ihres Vorgehens? Und welche Art der Einflussnahme geht von den Medien auf die Politik aus?

Zur Beantwortung dieser zwei Fragen finden wir den Beitrag von Patrick O’Heffernan in *Mass Media and American Foreign Policy* (1991) besonders hilfreich. O’Heffernan untersuchte Fälle der US-Außenpolitik zwischen November 1977 und März 1988 und erforschte, wie die politischen Akteure der USA die Wechselwirkung zwischen Politik und Medien wahrnahmen. Er kam zu der Einschätzung, dass es eine „interdependent rela-

tionship of mutual exploitation“ zwischen den Medien und dem politischen System gibt, d. h. komplexe Wechselwirkungen mit vielfältigen Formen gegenseitiger Einflussnahme. O’Heffernans sogenanntes „Insider Model of Media and the Policy Process“ besteht aus zwei Teilen. Der erste Teil befasst sich mit der Einflussnahme der Medien auf verschiedene Phasen des Politikzyklus: die Phase der Problemdefinition, der Lösungsfindung bzw. Agenda-Setting, der Politikformulierung, der Implementation und der Evaluation. Auf der Grundlage seiner Untersuchungen folgerte O’Heffernan, dass die von den Medien in Umlauf gebrachten Informationen und ihre Repräsentation der Realität sich auf alle Phasen des Politikzyklus auswirken, jedoch insbesondere auf die erste, die Problemdefinition. Auch er beobachtete die Agenda-Setting-Funktion der Medien, d. h. wie die Medien die Aufmerksamkeit der politischen Handlungsträger auf bestimmte Ziele, Regionen, Länder, Organisationen, Themen und Situationen lenken (O’Heffernan 1991: 99).

Eine starke Rolle der Medien lässt sich laut O’Heffernan (1991: 98) auch in der Evaluationsphase ausmachen, in der die Medien die ergriffenen politischen Maßnahmen bewerten und die Messlatte für zukünftige Politik definieren. Als Folge dieser Bewertung durch die Medien kann die Politik sich entschließen, in der kritisierten Angelegenheit nachzubessern oder das Medienecho für zukünftige Maßnahmen zu berücksichtigen. Eine andere Beobachtung von O’Heffernan war, dass die Medien das Handlungsspektrum der Regierung einschränken können. Die Art der Darstellung bestimmter Themen hatte zur Folge, dass einige Optionen oder Ergebnisse undenkbar wurden. Schließlich hat O’Heffernan auch beobachtet, dass die Medien das Tempo des politischen Prozesses erhöhten.

Im zweiten Teil seines Modells untersuchte O’Heffernan die Medien als Ergebnis des politischen Prozesses („Governmental Output“), d. h. er betrachtete die Art und Weise, wie politische Akteure mit den Medien umgehen. Er zeigte, dass die Medien eine Schlüsselrolle dabei spielen, ein günstiges Umfeld für eine bestimmte Außenpolitik herzustellen. O’Heffernan unterschied zwischen verschiedenen Arten, wie die Medien von politischen Akteuren für bestimmte Zwecke genutzt werden können. Die Medien spielen erstens eine zentrale Rolle dabei, im Inland Unterstützung für bestimmte Themen und politische Prioritäten zu mobilisieren. Die politischen Akteure versuchen, über die Medien einen Rückhalt für allgemeine Ziele der Außenpolitik in der Öffentlichkeit aufzubauen, lassen jedoch die Details noch offen. Daher ist es eine Strategie der Politik, die Medien mit Nachrichten über ein bestimmtes Thema oder Land zu „überfluten“, um eine Stimmung zu schaffen, die politisches Handeln ermöglicht. Umgekehrt wird über andere Themen gar kein Material an die Medien weitergegeben, um die Aufmerksamkeit der Medien fernzuhalten und auf andere Fragen zu lenken. Zweitens „benutzen“ die Regierungen ihre nationalen Medien auch, um Signale an andere Länder und die internationale Gemeinschaft zu senden und dort Rückhalt für ihre Außenpolitik aufzubauen (O’Heffernan 1991: 106), um politische Prioritäten zu formulieren und um eine Grundlage für offizielle Gespräche zu schaffen. Schließlich folgte O’Heffernan (1991: 105), dass die Medien manchmal genutzt werden, um die politischen Optionen offen zu hal-

ten, aber schon einmal Prioritäten festzulegen. So können die Medien – im Inland wie international – als Versuchsballon fungieren, mit dem Regierungen die öffentliche Reaktion auf verschiedene Handlungsoptionen ohne großes Risiko testen. Im Folgenden zeigen wir die Relevanz von O’Heffernans Insider-Modell für den Untersuchungsgegenstand Klimawandel im Allgemeinen und für „Klimaflüchtlinge“ im Besonderen.

2 Die Medien und die Klimapolitik

Momentan ist der Klimawandel ein wichtiges politisches Thema in vielen Ländern und ein Schlüsselthema in der internationalen Politik. Die Rolle und Funktion der Medien im Bereich der Klimapolitik – national und international – zu verstehen, ist ein bedeutendes Forschungsziel. In diesem Abschnitt fassen wir den Stand der Forschung zu diesem Thema zusammen. Historisch gesehen waren es politische Ereignisse, die den Klimawandel auf die Agenda der Medien setzten. Wie Mazur (1998) für die USA und Carvalho und Burgess (2005) für Großbritannien zeigten, war der große Anstieg der Medienaufmerksamkeit für den Klimawandel Ende der 1980er Jahre ganz klar verbunden mit dem öffentlichen Auftritt von James Hansen vor dem US-Kongress und mit Reden von Margaret Thatcher. Die darauf folgenden Wellen in der Berichterstattung im Verlauf der vergangenen zwei Jahrzehnte korrelieren mit der politischen Agenda: Die meisten Wellenberge wurden von offiziellen intergouvernementalen Klimaverhandlungen ausgelöst (Carvalho & Pereira 2008; Olausson 2009; Sampei & Aoyagi-Usui 2009). Daher scheint die politische Agenda die Medienagenda mehr beeinflusst zu haben, als dies andersherum der Fall war.

Neben dem Ausmaß der Berichterstattung trägt auch die diskursive Rahmung des Klimawandels in den Medien den Stempel der Politik. In einer der ersten Studien über „claims and frames“ in den US-amerikanischen Nachrichten zeigte Trumbo (1996), dass die Medienberichterstattung über den Klimawandel anfangs zwar von wissenschaftlichen Stimmen, später jedoch von politischen Akteuren und politischen Belangen dominiert wurde. Es gibt Anzeichen, dass – ganz im Sinne von O’Heffernan – politische Akteure versuchen, durch die Medien Rückhalt in der Bevölkerung für politische Maßnahmen zu erzeugen. So hat bspw. Thatcher versucht, neue Investitionen in die Kernkraft zu rechtfertigen, indem sie den Klimawandel dramatisierte (Carvalho 2005).

Das Generieren von Zustimmung bzw. stillschweigendem Einverständnis der Bürger im Hinblick auf geplante politische Maßnahmen ist ein essentieller Service, den die Medien für die Politik erbringen (Lippman 1922/1960; Herman & Chomsky 1988). Der Klimawandel ist hier keine Ausnahme. Es gibt jedoch genauso abweichende Meinungen und Konflikte. Eine Längsschnittanalyse des britischen Mediendiskurses deutet darauf hin, dass einige Medien die Regierungspläne unterstützt haben, während andere die Ziele zur Treibhausgasreduktion als nicht ambitioniert genug kritisierten (Carvalho 2005). Die britische Regierung setzte weiter auf Wirtschaftswachstum und einen schlank-

ken Staat zur Lösung der Klimakrise. Die Kritiker schränkten durch die Art der symbolischen Darstellung das Spektrum möglicher Lösungsoptionen ein (Carvalho 2005) und übten dadurch Einfluss auf die Lösungsfindung und die Politikformulierung aus. Dennoch wurde von den Mainstream-Medien weder das Prinzip der Marktwirtschaft noch das der neo-liberalen Politik je in Frage gestellt. Das bedeutet, dass die Evaluation der Klimapolitik durch die Medien doch eher oberflächlich blieb, da sie strukturelle Faktoren ausblendete.

Neben den Regierungen versucht auch ein breites Spektrum gesellschaftlicher Gruppierungen die Medienberichterstattung über den Klimawandel zu beeinflussen, von Oppositionsparteien bis hin zu Wirtschaftsakteuren. Public-Relations-Berater entwickeln zunehmend Kommunikationsstrategien und Kampagnen für vielfältige Institutionen. Zugleich sind die zeitlichen und finanziellen Ressourcen der Journalisten weiter rapide geschrumpft. Zahlreiche Forschungsprojekte haben belegt, welchen finanziellen und organisatorischen Aufwand bestimmte politische, ideologische und kommerzielle Gruppierungen betreiben, um die öffentliche Wahrnehmung des Klimawandels zu beeinflussen, allen voran große Energiekonzerne und die Konservativen in den USA (Oreskes & Conway 2010; McCright & Dunlap 2000; 2003). Den sogenannten Klimaskeptikern wurde in den US-amerikanischen Medien gewaltiger Raum zur Selbstdarstellung eingeräumt (Antilla 2005; Boykoff & Boykoff 2004) und damit deutlich mehr als in Europa (Carvalho 2007). Die Darstellung wissenschaftlicher Befunde als unsicher und unglaublich diente dazu, allgemeines Misstrauen zu schüren und Klimapolitik zu verhindern. Eine weitere Form des Klimaskeptizismus stellen Versuche dar, Maßnahmen zur Treibhausgasreduktion als „zu teuer“ oder „unwirksam“ darzustellen. Vor dem Hintergrund der Arbeiten von O’Heffernan sind dies alles Versuche, um den herrschenden Status Quo zu legitimieren und Wandel (durch Klimapolitik) zu verhindern. Vor dem Hintergrund von Chomskys Befunden scheinen die Klimaskeptiker das Ziel zu verfolgen, einen Konsens für die weitere kommerzielle Ausbeutung von Öl vorkommen herstellen zu wollen. Im Namen der individuellen Freiheit, grenzenlos zu konsumieren und Auto zu fahren, werden darüber hinaus die Interessen der Automobillobby gestützt.

Wie bereits ausgeführt, hat die Politik die Berichterstattung in den Medien maßgeblich beeinflusst. Im Gegenzug hat sicherlich die Berichterstattung in den Medien Regierungen „gezwungen“, sich zum Phänomen Klimawandel zu verhalten, wenn nicht sogar Maßnahmen zu ergreifen. Was noch wichtiger war: die diskursive Repräsentation des Klimawandels in den Medien hat die Bedingungen für politisches Handeln (oder Nicht-Handeln) vorstrukturiert. Beispielsweise setzt eine Rahmung des Klimawandels als dramatisch und dringlich Politiker unter Handlungsdruck. Zugleich werden die Bürger durch einen solchen „alarmistischen“ Diskurs eher entmutigt und tendieren dazu, sich nicht mehr zu engagieren (Hulme 2007; O’Neill & Nicholson-Cole 2009). Die 15. Vertragsstaatenkonferenz zur Klimarahmenkonvention (COP-15) in Kopenhagen im Dezember 2009 wurde von einer breiten Gegenöffentlichkeit begleitet, die einen

Durchbruch in den internationalen Klimaverhandlungen verlangte. Als dieser jedoch ausblieb, wurde die Kopenhagener Konferenz als „fehlgeschlagen“ bewertet, was sich auch in der Medienberichterstattung niederschlug. Diese negative Evaluation durch die Zivilgesellschaft und die Medien erzeugte nun wiederum Handlungsdruck für die Folgekonferenz in Cancun im Dezember 2010, wo tatsächlich ein (bescheidener) Fortschritt erzielt wurde.

Doch auch die Wissenschaft spielt eine wichtige Rolle in der Klimapolitik und Medienberichterstattung. Eine Studie von Weingart und KollegInnen (2000: 275) zeigte, dass in Deutschland Wissenschaftler maßgeblich am Aufbau von politischem Handlungsdruck beteiligt waren, indem sie das Wort „Klimakatastrophe“ Mitte der 1980er Jahre in Umlauf brachten. Die Medien griffen die „Klimakatastrophe“ auf und verwiesen auf den angeblich vorhandenen wissenschaftlichen Konsens:

„it may be said that in the German discourse on climate change, scientists politicized the issue, politicians reduced the scientific complexities and uncertainties to CO₂ emissions reduction targets, and the media ignored the uncertainties and transformed them into a sequence of events leading to catastrophe and requiring immediate action.“ (Weingart u. a. 2000: 280)

Mitte der 1990er Jahre, nachdem die ersten klimapolitischen Maßnahmen in Deutschland eingeführt worden waren, wurde von einigen deutschen Medien (z. B. dem Spiegel) plötzlich die verbliebene wissenschaftliche Unsicherheit in den Vordergrund gestellt und die ergriffenen Maßnahmen der Klimapolitik als voreilig und übertrieben dargestellt. Diese Fallstudie weist auf die große Bedeutung der Schnittstelle Wissenschaft-Politik hin, die zum Teil den Mediendiskurs definiert, zugleich aber auch vom Mediendiskurs beeinflusst wird.

Die Medien reproduzieren und verändern auch die Weltanschauungen, die in der Klimapolitik eine Rolle spielen. Diese „map-making function“ der Medien (Cohen 1963) erschafft beispielsweise bestimmte politische Geographien, die einige politische Entscheidungen ermöglichen und andere untergraben. Die Medien können eine eher nationalstaatliche, egoistische Perspektive einnehmen, bspw. indem Reduktionsziele für Treibhausgase als bedrohlich für nationale Interessen dargestellt werden. Die Medien können aber auch einen internationalen, kosmopolitischen Blickwinkel einnehmen, indem sie v. a. die Auswirkungen des Klimawandels auf die Menschen in anderen Ländern und auf zukünftige Generationen herausstellen.

Abschließend noch ein Hinweis zur Vorsicht. Erstens dürfen nicht alle Medien über einen Kamm geschnoren werden. Es gibt zwischen verschiedenen Ländern aber auch innerhalb der Länder große Unterschiede in der organisatorischen Kultur, der Stellung und der Arbeitsweise der Medien. In diesem Kapitel haben wir v. a. Mainstream-Medien behandelt und auf einige wichtige Unterschiede zwischen ihnen hingewiesen. Nicht behandeln konnten wir hingegen alternative, kleine, partizipativere Medien, die zumeist in digitalen Formaten angeboten werden. Diese leisten einen wichtigen Beitrag dazu,

die Debatte um den Klimawandel neu und auf andere Weise zu gestalten (Gunster 2011). Zweitens kann es keine universelle Theorie über die Schnittstelle Medien-Politik geben. Die Ausgestaltung dieser Schnittstelle ist sehr länderspezifisch und abhängig von den politischen Institutionen, der organisatorischen Struktur der Medien und der Kultur. Im Bereich dieser kontext-abhängigen Einflüsse ist mehr Forschung nötig.

3 Kopenhagener Schule der Versicherheitlichkeitung

Der Klimawandel wird in Politik und Medien seit 2003 vermehrt als Bedrohung der nationalen, menschlichen und internationalen Sicherheit dargestellt. Für diesen besonderen Fall des „Framing“ des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung soll im Folgenden das Verhältnis von Medien und Politik genauer untersucht werden. Auch sollen die politischen Folgen einer sogenannten „Versicherheitlichkeitung“ des Klimawandels am Thema Klimaflucht aufgezeigt werden.

Die Risikokonstruktion des Klimawandels in Wissenschaft, Politik und Medien hat sich in den vergangenen zwanzig Jahren stark gewandelt (Oels 2012). Zu Beginn war der Klimawandel v. a. ein Emissionsproblem, das der Emissionsreduktion (Mitigation) in den Industrieländern bedurfte (Tompkins & Adger 2005: 563; Oels 2005). Seit 2001 gilt ein bestimmter Level an Klimaveränderung als nicht mehr vermeidbar. Daher ist eine Politik der Anpassung (Adaptation) neben die Mitigation des Klimawandels getreten (Oels 2012). Seit 2003 und mit einem Höhepunkt im Jahr 2007 wird der Klimawandel schließlich als existentielle Bedrohung der nationalen, internationalen und menschlichen Sicherheit diskutiert (Brzoska & Oels 2011; Oels 2011). Großbritannien setzte die möglichen Sicherheitsimplikationen des Klimawandels im April 2007 auf die Tagesordnung des UN-Sicherheitsrates, woraufhin sich 55 Institutionen und Länder mit Wortbeiträgen an einer offenen Aussprache ohne Abschlussdokument beteiligten (UN Security Council 2007a; b). Die kleinen Inselstaaten beantragten in der UN-Vollversammlung einen Bericht des UN-Generalsekretärs zum Thema *Climate change and its possible security implications*, den Ban Ki Moon im September 2009 vorlegte (UN General Assembly 2009). In diesem Bericht heißt es, dass in vielen Weltregionen extreme Wetterereignisse, Dürren, Überflutungen und ansteigender Meeresspiegel humanitäre Katastrophen auszulösen drohen. Es wird befürchtet, dass als Folge dieser Ereignisse die Versorgung der betroffenen Bevölkerung zusammenbricht und dies zu abrupten, unkontrollierbaren Migrationswellen führen könnte (UN General Assembly 2009: 15). Am 20. Juli 2011 hat Deutschland den Klimawandel erneut auf die Tagesordnung des UN-Sicherheitsrates gesetzt. Auf Drängen Deutschlands wurde eine – jedoch stark abgeschwächte – präsidentiale Erklärung vom UN-Sicherheitsrat verabschiedet, die den Klimawandel als Sicherheitsproblem anerkennt (UN Security Council 2011a; b).

Welche Rolle haben Wissenschaft, Medien und Politik bei der Konstruktion des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung gespielt, wie haben sie interagiert? Und wel-

che Auswirkungen hat die Konstruktion des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung? Die Kopenhagener Schule hat eine politikwissenschaftliche Theorie der Versicherheitlichkeit entwickelt, in der den Medien eine wichtige Rolle zukommt. Die Kopenhagener Schule um Ole Waever, Barry Buzan und Jaap de Wilde (Buzan u. a. 1998) definiert Versicherheitlichkeit als einen performativen Sprechakt (Waever 1995: 55), der eine existentielle Bedrohung eines Referenzobjekts ausruft und außergewöhnliche Maßnahmen zur Beseitigung dieser Gefahr als gerechtfertigt erklärt (Buzan u. a. 1998: 21). Die Bedeutung von Sicherheit wird dabei auf eine Freund-Feind-Logik festgelegt – der Feind bildet nach Carl Schmitt das antagonistische Außen, das die eigene Existenz bedroht (Waever 1995: 47). Der Sprecher ist dabei meist autorisiert als Teil der politischen Elite eines Landes, muss es aber nicht sein. Von Versicherheitlichkeit spricht man, wenn ein „relevantes“ Publikum von der Notwendigkeit außergewöhnlicher Maßnahmen überzeugt werden konnte – z. B. die über diesen Vorschlag abstimmenden Abgeordneten. Die außergewöhnlichen Maßnahmen müssen dabei nicht tatsächlich ergriffen worden sein – es genügt, dass sie möglich erscheinen (Buzan u. a. 1998: 25). Den außergewöhnlichen Maßnahmen ist gemein, dass sie bestehende demokratische Verfahren durch überstürzte „Notabstimmungen“ oder das Umgehen von Parlamenten aushebeln und Grundrechte (zumindest vorübergehend) außer Kraft setzen (Buzan u. a. 1998: 24). Die Anti-Terror-Gesetzgebung in den USA und Deutschland nach den Anschlägen vom 11. September 2001 sind ein gutes Beispiel für solche Maßnahmen. Die Kopenhagener Schule kritisiert dieses Regieren im Modus der Versicherheitlichkeit und fordert eine „Ent-Sicherheitlichkeit“ und eine Rückkehr zu normalen demokratischen Verfahren der Politik (Waever 1995: 29).

Die Theorie der Kopenhagener Schule wurde inzwischen von vielen Seiten weiterentwickelt (Balzacq 2011). Zu den von der Kopenhagener Schule untersuchten Sprechakten sind inzwischen Praktiken, Bilder und Filme hinzugekommen, die auf die Konstruktion einer Sicherheitsbedrohung hin ausgewertet werden (Stritzel 2007). Zweitens wurde das Spektrum der möglichen Auswirkungen versicherheitlichender Sprechakte und Praktiken erweitert. Didier Bigo (2007) argumentiert, dass die Eingang der Untersuchung auf politische Ausnahmezustände in Bezug auf die Folgen der versicherheitlichenden Sprechakte und Praktiken nur die Spitze des Eisbergs sichtbar machen würde. Die Autoren der Kopenhagener Schule selbst haben für den Sektor der Umweltpolitik beobachtet, dass die Artikulation eines Umweltproblems als existentielle Sicherheitsbedrohung nur in sehr seltenen Fällen zu einer politischen Ausnahmesituation führt (Buzan u. a. 1998: 74). Viel häufiger sei hingegen, dass im Rahmen „normaler“ politischer Prozesse die Lösung eines als Sicherheitsbedrohung erkannten Umweltproblems vorangetrieben wird, bspw. in internationalen Verhandlungen und Abkommen (Buzan u. a. 1998: 83). Julia Trombetta hat daher argumentiert, dass man eher davon ausgehen müsse, dass die Artikulation von Umweltproblemen als Sicherheitsbedrohung den „normalen“ politischen Prozess befeuern würde, ganz im Sinne einer „Politisierung“. Trombetta fordert daher, auch in solchen Fällen von einer „erfolgreichen Versi-

cherheitlichung“ zu sprechen, wo die Stilisierung zur Sicherheitsbedrohung „brought about measures and policies that probably would not otherwise have been undertaken“ (Trombetta 2011: 136). In diesem Kapitel wird dieser erweiterten Lesart von Versicherheitlichung gefolgt.

Die Theorie der Kopenhagener Schule wurde durch Kombination mit soziologischen und psychologischen Theorien des Framing für die Kommunikationswissenschaften anschlussfähig gemacht (Vultee 2011). Im soziologischen Sinn wird unter einem Frame eine im Mediendiskurs eingesetzte „central organizing idea [...] for making sense of events“ (Gamson & Modigliani 1989: 3) verstanden. Im Prozess des Framing ordnen Medienakteure politische Ereignisse bzw. Themen in subjektive Interpretationsrahmen. Dabei werden ausgewählte Aspekte eines politischen Themas besonders betont und andere unsichtbar gemacht.

Vor dem Hintergrund der Framing-Theorie wird Versicherheitlichung im Folgenden als ein bestimmter Fall von Framing verstanden, als „a form of framing that highlights the existential threat of an issue ... and diminishes the arguments for handling it as a matter of political routine“ (Vultee 2011: 79). Nach dem Prozess-Modell des Framing wird Versicherheitlichung als Aushandlungsprozess zwischen drei Gruppen verstanden: politischer Elite, öffentlicher Meinung und Medien. Politische Elite und breite Öffentlichkeit werden von den Medien angesprochen und antworten ihnen, sie treten in einen Dialog miteinander und mit den Medien (Balzacq 2005; Vultee 2011: 80). Der resultierende Frame ist Ergebnis des wechselseitigen Aushandlungsprozesses. Ein „securitizing move“, d. h. ein Sprechakt, der eine Sicherheitsbedrohung identifiziert, ist nur dann überzeugend, wenn er anschlussfähig an die bei den Rezipienten vorhandenen Sinnzusammenhänge ist (Balzacq 2005: 182). Der Akt der Versicherheitlichung wird hier definiert als „a sustained argumentative practice aimed at convincing a target audience to accept, based on what it knows about the world, the claim that a specific development is threatening enough to deserve an immediate policy to curb it“ (Balzacq 2009: 60 in Vultee 2011: 78). Nicht alle Medien versicherheitlichen in gleichem Maße – hier spielt die politische Ausrichtung der Herausgeber eine zentrale Rolle (Vultee 2011: 83). Einige Medien geben etwa eine von der Regierung gewählte versicherheitlichende Wortwahl nur in Anführungszeichen wieder, so wie viele liberale Zeitungen in den USA (und anderswo) den „Krieg gegen den Terror“ (Vultee 2011: 80).

Zwei Auswirkungen der Verwendung von Versicherheitlichung als Frame werden in der Literatur bislang v. a. diskutiert. Erstens funktioniert laut Vultee Versicherheitlichung als „cognitive shortcut“ (Vultee 2011: 84) beim Rezipienten, der das sorgfältige Verarbeiten der in einem Artikel aufgeführten Details überspringt und sich nur die Rahmung „Sicherheitsbedrohung“ merkt. Dies ist eine Wirkung auf individueller Ebene, die sich auf die Informationsverarbeitung auswirkt. Zweitens kann unter den richtigen Umständen bei bestimmten Rezipienten „a greater willingness to place authority as well as civil liberties, in the hands of the government“ entstehen (Vultee 2011: 84). Dies wäre eine Folge auf der politischen Ebene: Versicherheitlichung kann den Handlungsspiel-

raum einer Regierung bis hin zum politischen Ausnahmezustand erweitern – insofern eine „kritische Masse“ (O'Reilly 2008) den Frame akzeptiert.

4 Die mediale Konstruktion von „Klimaflüchtlingen“ als Sicherheitsbedrohung

Eine zentrale Figur in der wissenschaftlichen, politischen und medialen Konstruktion des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung stellt der sogenannte „Klimaflüchtling“ dar (Hartmann 2010): Menschen, die voraussichtlich ihre Lebensgrundlage durch die Folgen des Klimawandels verlieren werden und daher dauerhaft migrieren müssen (Morrissey 2009). Bislang existieren „Klimaflüchtlinge“ nur in Prognosen und auf dem Papier. Schon mangels einer klar operationalisierbaren Definition ist es nahezu unmöglich, einen „echten Klimaflüchtling“ auszumachen (Farbotko 2011: 29). Zudem ist es schwer, Schwankungen in den klimatischen Bedingungen als Hauptursache für eine Entscheidung zur Migration zu identifizieren. Migrationsentscheidungen hängen meist von sehr vielen verschiedenen Faktoren ab, unter denen die Umwelt meist nur eine Nebenrolle spielt (Black 2001). Dort, wo ein starker Einfluss der klimatischen Bedingungen nahe liegt, bspw. nach einem extremen Wetterereignis wie einem Sturm, ist es momentan nahezu unmöglich, ein einzelnes Extremereignis mit Sicherheit auf den Klimawandel zurück zu führen (Docherty & Giannini, 2009: 390).

Daher existieren in der wissenschaftlichen Literatur (mindestens) zwei konkurrierende Schulen zum Thema „Klimaflüchtling“: die Übertreiber („alarmists“) und die Skeptiker („sceptics“) (Gemenne 2009; Morrissey 2009). Die sogenannten Übertreiber warnen vor 250 Millionen bis eine Billion „Klimaflüchtlingen“ im Jahr 2050 (Myers 1995: 2001) und fordern drastische Emissionsreduktionen in den Industrieländern, eine gezielte Anpassungspolitik in den Entwicklungsländern und einen legalen Flüchtlingsstatus für die Betroffenen. Die Übertreiber stellen „Klimaflüchtlinge“ als hilflose Opfer des Klimawandels dar, die westlicher Hilfe und westlichen Schutzes bedürfen (Conisbee & Simms 2003). Die Übertreiber stehen meist der Umweltbewegung nahe und benutzen den „Klimaflüchtling“ als Vehikel für umweltpolitische Forderungen (für Greenpeace z.B. Jakobeit & Methmann 2007). Die Skeptiker hingegen stammen meist aus der Migrationsforschung und bezweifeln, dass es „reine“ Umweltflüchtlinge geben könnte (Black 2001). Aus ihrer Erfahrung mit dem komplexen Migrationsprozess kritisieren sie die These vom „Klimaflüchtling“ als unzulässig deterministisch. Sie vertreten die Auffassung, der Klimawandel allein könne kein Auslöser von Flucht sein. Allenfalls im Zusammenspiel mit anderen ökonomischen und sozialen Faktoren könne es zu Migration kommen (Morrissey 2009). Überhaupt seien die Ärmsten ohne staatliche Unterstützung gar nicht in der Lage, über größere Entfernung zu migrieren; Migration sei meist ein Privileg der sozial besser gestellten Bevölkerungsgruppen (Morrissey 2009: 36). Für die Bewohner tief liegender Inselgruppen im Pazifik behauptet bspw. John Connell, dass die ohnehin stattfindende, ökonomisch motivierte Migration nach Australien und Neu-

seeland durch den Klimawandel nur beschleunigt würde (Connell 2003). Die von den Übertreibern in Umlauf gebrachten Prognosen über die Zahl von „Klimaflüchtlingen“ werden von den Skeptikern – aus wissenschaftlicher Sicht zu Recht – als unseriös zurück gewiesen (Hartmann 2010).

Für den „Klimaflüchtling“ gibt es bis heute weder eine politisch anerkannte Definition noch einen wissenschaftlichen Konsens darüber, wer unter einer solche Kategorie fallen sollte (Docherty & Giannini 2009). Im internationalen politischen Diskurs wird der Begriff „Klimaflüchtling“ inzwischen vermieden – an seine Stelle ist das Konzept der klima-induzierten Migration getreten. Politische Maßnahmen zur Rettung von klima-induzierten Migranten werden erst seit wenigen Jahren in größeren wissenschaftlichen und politischen Zirkeln diskutiert, so bspw. auf der von der norwegischen Regierung durchgeführten *The Nansen Conference on Climate Change and Displacement* vom 5. bis 7. Juni 2011 in Oslo, Norwegen. In den *Cancun Agreements* unter der Klimarahmenkonvention der Vereinten Nationen wurde im Dezember 2010 erstmals offiziell das Problem klima-bedingter Migration anerkannt. In Paragraph 14 (f) des *Adaptation Framework* wurden „[m]easures to enhance understanding, coordination and cooperation with regard to climate change induced displacement, migration and planned relocation, where appropriate, at the national, regional and international levels“ (UNFCCC 2011: 5) unverbindlich empfohlen. Diese Anerkennung ist zum einen auf hartnäckige Lobbyarbeit bestimmter Organisationen wie der United Nations University zurückzuführen (Warner 2010). Zum anderen war aber sicherlich auch die stark angestiegene Medienberichterstattung über „Klimaflüchtlinge“ hilfreich dabei, den Weg für eine politische Anerkennung der klima-induzierten Migration zu ebnen.

Die Rolle der Medien im Fall des „Klimaflüchtlings“ ist bislang noch kaum systematisch erforscht. Da das Thema klima-induzierte Migration die politische Agenda erst in den letzten zwei Jahren erreicht hat und bislang im Kleingedruckten verhandelt wird, wurde die Medienagenda kaum von Statements der Regierungschefs geprägt. Stattdessen waren es v.a. Organisationen wie Umweltverbände, die Myers Zahlen von 50 Millionen „Klimaflüchtlingen“ bis 2010 und 200 Millionen bis eine Billion bis 2050 in ihrer Öffentlichkeits- und Medienarbeit verwendeten (z.B. Jakobeit & Methmann 2007). Eine wichtige Rolle spielte auch die United Nations University (UNU), die das Thema „Klimaflucht“ über die Medien lancierte, um politischen Handlungsdruck aufzubauen (UNU 2005). 2005 warnte erstmals das Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP) in Kooperation mit der United Nations University (UNU) vor 50 Millionen „Klimaflüchtlingen“ schon im Jahr 2010. Dieses Statement wurde breit in den Medien reproduziert. So prägte der alarmistische Diskurs der Lobbygruppen den Mediendiskurs. Im Frühjahr 2011 wurden erstmals in den Medien die bislang veröffentlichten Zahlen über „Klimaflüchtlinge“ hinterfragt und vor übertriebener Panikmache gewarnt. Anlass war ein Rückzieher der UNEP – sie löschte die Zahl von 50 Millionen „Klimaflüchtlingen“ bis 2010 von ihrer Website. Der Spiegel Online titelte „Warnung von 2005: Prognose zu Klimaflüchtlingen bringt UNO in Bedrängnis“ (Bojanowski 2011). Es sieht so aus, als

ob sich hier eine diskursive Wende abzeichnet. Die wenigen vorliegenden wissenschaftlichen Untersuchungen zum Mediendiskurs befassen sich jedoch mit der davor liegenden Zeit des alarmistischen Diskurses.

4.1 *Die mediale Konstruktion von „Klimaflüchtlingen“ auf pazifischen Inseln*

Wegen des Einflusses der Lobbygruppen, aber auch aus Gründen des Nachrichtenwertes dominierte bis vor kurzem in der Berichterstattung der westlichen Medien über den „Klimaflüchtling“ die Stimme der sogenannten Übertreiber, darauf deutet zumindest eine Studie für Australien hin (Farbotko 2011). Die wenigen vorliegenden Studien zeigen an, dass die eher alarmistische Klimaberichterstattung sich negativ für die Betroffenen ausgewirkt hat (Farbotko 2011; Tierney u. a. 2006). Sie zeigen, dass die Medien Einfluss auf die Problemdefinition ausüben, wie von O’Heffernan für die erste Phase des Politikzyklus formuliert. In den australischen Medien wird die Existenz von „Klimaflüchtlingen“ bislang erstens als unbestrittene Tatsache dargestellt, zweitens werden sie hauptsächlich als Sicherheitsbedrohung für Australien konstruiert und drittens wird die Stimme der Betroffenen manipuliert bzw. unsichtbar gemacht (Farbotko 2011). Die politischen Folgen dieser Darstellung sind gravierend: Die Menschen, die durch den Klimawandel ihre Lebensgrundlage verlieren könnten, werden als hilflose Opfer dargestellt, die zu einer Sicherheitsbedrohung für die globale Zirkulation von Rohstoffen und Waren werden könnten (Oels 2012). Um unkontrollierte Migrationsbewegungen zu verhindern, erscheint in dieser Darstellung westliche Intervention (auch militärisch) ein humanitäres Gebot zu sein.

Die mediale Konstruktion von prospektiven „Klimaflüchtlingen“ von den pazifischen Inseln: An der Medienberichterstattung über den „Klimaflüchtling“ ist auffällig, dass der Begriff wie selbstverständlich auf konkrete Menschen angewendet wird, die weder sich selbst so bezeichnen würden, noch von einer Mehrzahl der Wissenschaftler so genannt werden. Wie kommt das zustande? Da der Klimawandel ein komplexes, nicht mit den eigenen Sinnen erfahrbare Phänomen ist, legen die Medien besonderen Wert darauf, den Klimawandel für den Laien sichtbar zu machen, indem sie eine Geschichte mit konkreten Menschen an konkreten Orten erzählen (Farbotko 2011: 8; Doyle 2007: 145). Obwohl „Klimaflüchtlinge“ also bislang v. a. auf dem Papier und im Diskurs existieren, sind die Medien schon dabei, dieses Phänomen zu materialisieren und bemüht, die „ersten Klimaflüchtlinge“ aufzuspüren und ihre Geschichte zu erzählen. Insbesondere die 2005 erfolgte Umsiedlung von 2 600 Menschen von den Carteret Islands in Papua Neu-Guinea auf die Nachbarinsel Bougainville (UN General Assembly 2009: 20) machte weltweit Schlagzeilen, wie bspw. „Rising Seas Create First Climate Refugees“ (The Star Online, Toronto, 23.12.2009 zitiert in Farbotko 2011: 8 f.). Aber auch die Bewohner der Inselgruppe Tuvalu und Vanuatu werden häufig unter der Schlagzeile „the world’s first

“climate refugees” vorgestellt (Farbotko 2011: 9). Die Tatsache, dass Neuseeland pro Jahr 75 Bürger von Tuvalu im Rahmen eines pazifischen Arbeitsmigrationsabkommens (Pacific Access Category) aufnimmt, wird in den Medien ganz häufig fehlerhaft so dargestellt, als würde Neuseeland diese Menschen als „Klimaflüchtlinge“ aufnehmen. Das ist aber nicht der Fall (Farbotko 2011: 10). So stellen die Medien die Existenz von „Klimaflüchtlingen“ als Tatsache dar.

Zweitens werden „Klimaflüchtlinge“ als Sicherheitsbedrohung für die Menschen in westlichen Industrieländern inszeniert. Dieser Erzählung zufolge gilt, dass „wir“ in den westlichen Industrieländern „if not literally flooded, will most certainly be flooded by the ‚climate refugees‘“ (Kolmannskog, 2008: 9). Damit kommt das Framing der Versicherheitlichung zum Zuge: „These imaginings enable Pacific migrants to be positioned as something to either fear or control by those in the industrialised world“ (Farbotko 2011: 26). Carol Farbotko ist der Frage nachgegangen, woher sich der Nachrichtenwert des „Klimaflüchtlings“ speist. Ein Journalist sagte im Interview mit Farbotko „that the Western audience for his program would respond to things that they are fearful of – in this case, tides of desperate immigrants – so that is how he was advised by his editors to frame his story“ (Farbotko 2011: 14). Die befragten Journalisten schüren also bewusst die Angst der Leser und Zuschauer vor Fremden, wenn sie vor „Millionen von Klimaflüchtlingen“ warnen. Farbotko folgert, dass der eigentliche Skandal, aus dem sich der Nachrichtenwert des „Klimaflüchtlings“ speist, die Angst vor einer „Flut“ von Migranten an der eigenen Landesgrenze sei und nicht die verzweifelte Situation der betroffenen Menschen (Farbotko 2011: 11).

Drittens lassen die westlichen Medien die betroffenen Menschen nur selten für sich selbst sprechen. Denn diese sagen im Interview nicht das, was sich westliche Herausgeber vorstellen: Sie finden es erniedrigend, als „Klimaflüchtlinge“ bezeichnet zu werden und fordern Klimaschutz in den Industrieländern (McNamara & Gibson 2009). Dies wird jedoch in westlichen Medien gar nicht berichtet. Carol Farbotko hat durch Feldforschung in Tuvalu und in Interviews mit Journalisten aufgedeckt, dass viele Journalisten bei der Recherche auf kleinen Inselstaaten ihre Story („hilflose Inselbewohner müssen fliehen“) bereits im Kopf haben und nicht offen für die eigentlichen Verhältnisse auf den Inseln sind. Die Bewohner der tief liegenden Inseln im Pazifik werden in den westlichen Medien meist als hilflose Opfer des Klimawandels dargestellt, die westlicher Unterstützung bedürfen.

Die politischen Folgen der Versicherheitlichung der prospektiven „Klimaflüchtlinge“ von pazifischen Inseln: Die Darstellung der vom Klimawandel in Zukunft potentiell betroffenen Menschen als hilflose „Klimaflüchtlinge“, deren schiere Anzahl zur „Überflutung“ der Industrieländer führen könnte (Kolmannskog 2008: 9), schürt Angst und hat eine Reihe konkreter politischer Folgen. Das politische Lösungsspektrum wurde durch diese Art der Mediendarstellung drastisch eingeschränkt. Debatten kreisen dadurch eher um die Frage: Wo sollen die ganzen Flüchtlinge hin und welchen politischen Status sollen

sie bekommen? Ausgeblendet wird dabei erstens, dass der Klimawandel kein Naturphänomen ist, das die Entwicklungsländer schicksalhaft ereilt, sondern dass der Lebensstil in den Industrieländern die Hauptursache für den Klimawandel ist. Ebenfalls kaum Beachtung findet die Tatsache, dass viele Menschen vor einem Schicksal als klima-induzierte Migranten bewahrt werden könnten, wenn drastische Emissionsreduktionen politisch durchgesetzt würden. Davon ist aber im „Klimaflüchtlingsdiskurs“ keine Rede mehr. Die Diskussion setzt erst mit der Tatsache ein, dass es „Klimaflüchtlinge“ geben wird.

Zweitens führt das Schüren von Angst vor „Millionen von Klimaflüchtlingen“ an den Grenzen der Industrieländer dazu, dass eherpressive und militärische Maßnahmen zur Abwehr und Prävention dieser Flüchtlingsströme angedacht werden. Wie an anderer Stelle dargelegt (Oels 2011; 2012), geht es in der Konstruktion des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung darum, die globale Zirkulation von Gütern und Menschen – und damit die wirtschaftliche Produktion und Versorgung der Industrieländer – vor Störungen und Unterbrechungen zu sichern. Nach extremen Wetterereignissen könnten Responsibility-to-Protect-Interventionen zur Versorgung und zum Schutz der Bevölkerung in Entwicklungsländern gerechtfertigt erscheinen, wenn damit größere Flüchtlingsbewegungen unterbunden werden können (Hartmann 2010). Im Vordergrund der sich ausweitenden Diskussion über verbesserten Katastrophenschutz (disaster management) in Entwicklungsländern steht daher das Wohl der Industrieländer, die sich vor den Folgen humanitärer Katastrophen in den Entwicklungsländern schützen wollen. Erst an zweiter Stelle geht es um das Wohl der betroffenen Menschen und darum, deren Überleben zu sichern (Farbotko 2011).

Drittens unterstellt die Rede von der Hilflosigkeit der Inselbewohner, diese könnten sich nicht selber helfen und würden westlichen Schutz wünschen. De facto ist jedoch das Gegenteil der Fall: Die Bewohner der tief liegenden Inseln im Pazifik sind bspw. stolze Seefahrer mit der Tradition, auf den Meeren unterwegs zu sein und neue Inseln zu besiedeln (Farbotko 2011). Eine möglicherweise notwendige Umsiedlung von Menschen könnte genau an diesen Erfahrungsschatz anknüpfen und die Tradition der Neubesiedlung von Land fortführen. Wie bspw. bei der Umsiedlung auf den Carteret Islands, könnten die Inselvölker diesen Prozess selbst organisieren und damit ihren Stolz, ihre Würde und Unabhängigkeit aufrechterhalten (Farbotko 2011). Farbotko kritisiert die Einseitigkeit der Berichterstattung über Inselvölker in den westlichen Medien daher scharf und fordert Raum für alternative Diskurse zum Konstrukt „Klimaflüchtling“. Nach ihrer Recherche gibt es im pazifischen Raum mindestens zwei alternative Diskurse über Mobilität, die bislang nur in pazifischen Medien repräsentiert werden: einerseits den Diskurs über den talentierten Seefahrer und andererseits den Diskurs über das Treiben lassen auf dem Meer, manchmal zu neuen Ufern, manchmal in den Tod (Farbotko 2011). In beiden Diskursen sieht Farbotko einen Erfahrungsschatz, der die zukünftige Mobilität der Inselbewohner informieren und inspirieren könnte. Durch die einseitige Medienberichterstattung würde ein ganzes Spektrum alternativer Lösungsan-

sätze wie die Anpassung an den Klimawandel und selbstbestimmte Migration unsichtbar gemacht. McNamara und Gibson haben daher gefolgert, dass „[a]t the heart of the contestation over the category of ‚climate refugees‘ is a geopolitical tension between visions for the future“ (McNamara & Gibson 2009: 481), zwischen Fraktionen, für die der Untergang von Inselstaaten „Fakt“ ist, und denjenigen, für die ein solches Zukunftsszenario inakzeptabel ist (McNamara & Gibson 2009: 479).

4.2 Die mediale Konstruktion von „Klimaflüchtlingen“ in New Orleans nach Hurrikan Katrina

Ein anderes Beispiel ist die Berichterstattung über die Opfer des Hurrikans Katrina in New Orleans im August 2005. Die betroffenen Menschen wurden von westlichen Medien schnell als die ersten „Klimaflüchtlinge“ in den Industrieländern bezeichnet (Giroux 2006). Es ist in diesem Zusammenhang wichtig, daran zu erinnern, dass es derzeit wissenschaftlich nicht möglich ist, einen Zusammenhang zwischen dem Klimawandel und einzelnen extremen Wetterereignissen herzustellen (Docherty & Giannini 2009: 390). Gleichzeitig berichteten die Medien v. a. von Plünderungen und stellten die Überlebenden als eine Gefahr da, die vom Militär unter Kontrolle gebracht werden müsse. An diesem Beispiel lässt sich sehr konkret zeigen, welche dramatischen politischen Folgen die Darstellung der betroffenen Menschen als Sicherheitsbedrohung hatte.

Die mediale Konstruktion von „Klimaflüchtlingen“ in New Orleans nach Hurrikan Katrina: Die Überlebenden von Hurrikan Katrina, der im August 2005 New Orleans und Umgebung verwüstete, wurden von den Medien in zwei Lager eingeteilt: Flüchtlinge (bspw. Mütter mit Babies) und Kriminelle (bspw. Jugendliche afro-amerikanischer Abstammung) (Tierney u. a. 2006: 73). Die Bezeichnung „Flüchtlings“ diente dazu, die verzweifelte Lage der Überlebenden von New Orleans zu naturalisieren und zu entpolitisieren. Der Begriff „Flüchtlings“ wird dabei als Gegenüber zum normalen amerikanischen Staatsbürger gebraucht, dessen Grundrechte geschützt und dessen Grundbedürfnisse erfüllt sind (Oels 2009): „Cries of desperation and help were quickly redefined as the pleas of ‚refugees‘, a designation that suggested an alien population lacking both citizenship and legal rights had inhabited the Gulf Coast“ (Giroux 2006: 4). Der Flüchtlingsdiskurs hatte eine rassistische Note, weil er die armen Bewohner von New Orleans, die meist afro-amerikanischer Abstammung sind, als nicht zugehörig zu Amerika darstellte. Dadurch wurde die bestehende soziale Ungleichheit *innerhalb* von Amerika ausgeblendet (Masquelier 2006: 736 f.). Genau wie bei den Bewohnern der pazifischen Inselstaaten wehrten sich die Menschen in New Orleans dagegen, als „Flüchtlinge“ bezeichnet zu werden. Auch sie fanden diese Bezeichnung entwürdigend und diffamierend („I can‘t stand people calling me a refugee. I am an American and I love America“; Masquelier 2006 in Farbotko 2011: 28).

Auf der anderen Seite wurde in den Medien v. a. von Plünderungen und kriminellen Aktivitäten berichtet, die angeblich von einigen Überlebenden des Hurrikans Katrina durchgeführt wurden. Der von den Medien verwendete Frame beschrieb New Orleans als „snakepit of anarchy“ (Tierney u. a. 2006: 68). So wurden alle in New Orleans zurückgebliebenen Menschen dem Verdacht ausgesetzt, kriminell und gefährlich für andere sein zu können. Die Journalisten verwendeten zur Beschreibung der Situation in New Orleans nach dem Hurrikan das Vokabular, mit dem sonst politisch motivierte Aufstände und Rassensplitterungen beschrieben werden. Anzumerken ist, dass nach Befunden der Kastrophenschutz-Forschung gewalttätige Ausschreitungen nach extremen Ereignissen absolute Ausnahmehandlungen sind. Im Gegenteil, das Gros der Forschung zu dem Thema suggeriert, dass bestehende Konflikte beigelegt werden und hohe Standards gegenseitiger Hilfe und sozialen Engagements zur Norm werden (Tierney u. a. 2006: 58). Im Fall von Hurrikan Katrina gibt es bis heute keine Nachweise dafür, dass es tatsächlich zu den kriminellen Aktivitäten gekommen ist, über die in den Medien ausführlich berichtet wurde. Im Gegenteil, schon einen Monat nach Katrina gab es in den USA eine rege Debatte über die Medienberichterstattung, in der gerügt wurde, dass Journalisten nur auf der Basis von Hörensagen berichtet hatten, und dass es bis dato keine Belege für die angeblich verübten Gewalttaten gäbe (Tierney u. a. 2006: 74). Tierney und Kolleginnen sprechen von Katastrophen-Mythen (disaster myths), die in den Medien (und im politischen Diskurs) perpetuiert würden, aber mit der Realität wenig zu tun hätten. Der Frame der Versichertheitlichkeit, der die Überlebenden als möglicherweise gefährlich darstellt, war jedoch nichtsdestotrotz höchst wirksam, wie wir anhand der politischen Folgen zeigen werden.

Sobald die National Guard vor Ort eingetroffen war, sorgte die hohe Militärpräsenz auf den Straßen dafür, dass das Bild eines „Kriegsgebietes“ („war zone“) beschworen (Giroux 2006: 5) und in vielen Metaphern in den Medien verwendet wurde (Tierney u. a. 2006: 72). „Wir kämpfen jetzt an zwei Fronten“ – Irak und New Orleans – wird ein Militärangehöriger von Tierney und Kolleginnen zitiert (Tierney u. a. 2006: 72). Die Metapher eines Kriegs in New Orleans entsprach dann auch der Vorgehensweise der Rettungskräfte.

Die politischen Folgen der Versichertheitlichkeit der „Klimaflüchtlinge“: Die politischen Folgen der beschriebenen Frames waren im Fall Katrina gravierend. Die übertriebene Berichterstattung in den Medien über Plünderungen und Kriminalität hat dazu geführt, dass der Ruf nach der starken Hand des Militärs gerechtfertigt erschien: „The overall effect of media coverage was to further bolster arguments that only the military is capable of effective action during disasters.“ (Tierney u. a. 2006: 61). Die Versichertheitlichkeit der Überlebenden als Gefahr für die öffentliche Ordnung war vollzogen und wurde mit außergewöhnlichen Maßnahmen – hier einem Militäreinsatz ungekannten Ausmaßes – beantwortet. Die Rezipienten der Medienberichte konnten an vertrautes Terrain anknüpfen: Tierney und Kolleginnen (2006: 78) führen die gestiegene Akzeptanz für

Militäreinsätze im eigenen Land (die eigentlich unzulässig sind) auf 9/11 und den „Krieg gegen den Terror“ zurück.

Eine konkrete Folge der ausgiebigen Medienberichterstattung über anarchische Zustände in New Orleans war eine Veränderung der politischen Strategie. Die Medien übten hier nach O’Heffernan ihre wichtige Rolle als Evaluator der bisher ergriffenen politischen Maßnahmen aus und bewerteten diese als höchst unzulänglich. Vor diesem Hintergrund kam es zu einer Kurskorrektur. Während zu Beginn der Schwerpunkt auf der Rettung von Menschenleben lag, verschob sich die Arbeit der Truppen schon nach drei Tagen auf Anordnung der Gouverneurin Kathleen Blanco hin zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung (Tierney u. a. 2006: 68): „By reassigning emergency responders from lifesaving activities to law enforcement functions, those in charge of the response placed law and order above the lives of hurricane survivors.“ (Tierney u. a. 2006: 75).

Die Medien-Darstellung der Überlebenden als potenziell gefährlich hatte ebenfalls dramatische Folgen für den Rettungseinsatz. Die Überlebenden wurden von den eingesetzten Soldaten nicht als potenzielle Kooperationspartner oder gar Co-Helfer adressiert, sondern als potenzielle Kriminelle. Konkret bedeutete dies, dass die Truppen den Überlebenden mit großer Härte und Vorsicht begegneten und nicht mit Mitgefühl und Unterstützung. So traten die Soldaten die Türen von Häusern ein, durchsuchten die Überlebenden wie Kriminelle und führten sie dann mit Handschellen ab, um zu verhindern, dass sie in ihren zerstörten Häusern blieben (Tierney u. a. 2006: 70). Laut Tierney und Kolleginnen (2006: 75) wurden dabei unnötigerweise Konflikte zwischen Überlebenden und Rettern geschürt, da die Überlebenden eine solche Behandlung als völlig unangemessen betrachteten. Darüber hinaus bedeutete die Verhängung einer Sperrstunde, dass die Möglichkeiten zur Selbsthilfe drastisch eingeschränkt wurden. Verwandte, die angereist waren, um Angehörige zu retten, wurden auf vielfältige Weise daran gehindert, zu den Eingeschlossenen vorzudringen. Das Rote Kreuz und die Heilsarmee durften nicht bei der Versorgung der Menschen in den Notunterkünften mitwirken (Tierney u. a. 2006: 74). Während Menschen hungerten und dursteten, wurden privat organisierte Hilfsgütertransporte aus „Sicherheitsgründen“ abgewiesen – es hätte ja eine Bombe darin versteckt sein können (Trouble the Waters – TV-Dokumentarfilm von Tia Lessin & Carl Deal). Auch die Medienberichterstattung wurde ähnlich wie im Irakkrieg drastisch eingeschränkt. Jegliche Fotos von Leichen wurden den Medien verboten und der Zugang zu den Notunterkünften wurde gesperrt (Tierney u. a. 2006: 73). Tierney und Kolleginnen (2006: 62) bezeichnen die von der Regierung und dem Militär im Fall Katrina ergriffenen Maßnahmen als „unproductive and outright harmful response strategies“.

Völlig abwesend war hingegen ein kritischer Journalismus, der das militaristische Vorgehen hinterfragt hätte (Tierney u. a. 2006: 74). Aus der Forschung sind deutlich erfolgversprechendere Strategien des Katastrophenschutzes bekannt, die in New Orleans weder in der öffentlichen und medialen Debatte noch in der Praxis vorkamen.

Anstatt nach Eintreten eines Extremereignisses die Armee zu schicken, raten Katastrophenschutz-Experten dazu, in verwundbaren Gebieten vorsorglich *community resilience* (Widerstandsfähigkeit) aufzubauen, Partnerschaften zwischen Wirtschaft und Staat zu forcieren, spezielle Programme für benachteiligte Bevölkerungsgruppen durchzuführen und die verschiedenen Regierungs- und Nichtregierungsorganisationen gut zu vernetzen, damit sie im Katastrophenfall Hand in Hand arbeiten können (Waugh 2000; Haddow & Bullock 2003).

Tierney und Kolleginnen (2006) diskutieren verschiedene Erklärungen für die Art der Berichterstattung über Hurrikan Katrina. Sie argumentieren, dass selbstverständlich journalistische Konventionen eine Rolle spielten, dass „Standard Frames“ über „Natur“katastrophen zum Einsatz kamen, dass den Reportern vor Ort jegliches Grundwissen über Katastrophenschutz fehlte, dass der Nachrichtenwert einer Katastrophe immer direkt mit dem sozialen Status der Opfer korreliert, und dass die afro-amerikanischen Einwohner von New Orleans sehr stereotyp dargestellt wurden (Tierney u. a. 2006: 61 f.). Letztlich schließen sie sich aber eher dem Propaganda-Modell von Lippmann und Chomsky an. Sie argumentieren, dass die Darstellung in den Medien den diskursiven Status Quo aufrecht erhalte und damit die Position und politischen Interessen der Eliten befördere:

„media treatments of disasters both reflect and reinforce broader societal and cultural trends, socially constructed metanarratives, and hegemonic discourse practices that support the status quo and the interests of elites. Thus, myths concerning the panicky public, the dangers presented by looters, and the threat disaster victims pose to the social order serve to justify policy stances adopted by law enforcement entities and other institutions concerned with social control“ (Tierney u. a. 2006: 62).

Die von Tierney und Koleginnen identifizierten Katastrophen-Mythen (disaster myths) erzeugten im Fall Katrina also eine effektive Form der Versichertheitlichung, die den politischen Handlungsspielraum v. a. in Richtung Militäreinsatz erweiterte. Die Art der Mediendarstellung hilft dabei, zu rechtfertigen, dass die Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung über die Rettung von Menschenleben gestellt wird.

5 Schluss und Ausblick

Die Art des Frames ist entscheidend für die politische Bearbeitung eines Themas (Vultee 2011). Der verwendete Frame steckt den politischen Handlungsspielraum ab – er ermöglicht bestimmte Maßnahmen und schließt andere aus. Die Berichterstattung der Medien spielt im Prozess des Framing eine wichtige Rolle. Folgt man dem Prozess-Modell, ist die Medienberichterstattung im Framing keine Einbahnstraße, sondern die dominanten Frames entstehen in Wechselwirkung zwischen Medien, öffentlicher Meinung und dem

Diskurs der politischen Eliten (Balzacq 2005; Vultee 2011: 80). Über ihre Berichterstattung können die Medien ein Thema auf die mediale, öffentliche und politische Agenda setzen und auf die Art des Frames zumindest Einfluss nehmen. Aber auch in der Evaluationsphase des Policy Cycle, wo es um die Bewertung des Erfolgs politischer Maßnahmen geht, kommt den Medien eine Schlüsselrolle zu. Hier wird der Boden für zukünftig akzeptable bzw. inakzeptable Politiken bereitet.

Wir haben in den vorgestellten Fallstudien zum „Klimaflüchtling“ den Frame der Versicherheitlichung in der Medienberichterstattung untersucht. Anhand von zwei Fallstudien haben wir gezeigt, wie sich der politische Handlungsspielraum durch die Versicherheitlichung in Richtung repressiver und z. T. sogar militärischer Maßnahmen einengte. Es konnte gezeigt werden, dass wichtige alternative Lösungsoptionen dadurch aus der öffentlichen und politischen Debatte verdrängt wurden. Eine Rekonstruktion dieser im Mediendiskurs ganz fehlenden oder marginalisierten alternativen Frames des Themas zeigt erfolgversprechendere Lösungsoptionen für klima-induzierte Migration auf, als die bislang von den Medien thematisierten. In den untersuchten Fällen zeigt sich eine Tendenz der Medien, durch die Berichterstattung den Status Quo zu stützen und die Blickweise der Regierung einzunehmen. Unter den Tisch fällt dadurch die Sichtweise derjenigen, die regiert werden; konkret sind das hier diejenigen, die nicht „Klimaflüchtlinge“ genannt werden wollen. Im Fall der pazifischen Inselbewohner zeigte sich, dass diese über eine Tradition der Mobilität auf den Meeren und der Besiedlung neuen Landes verfügen, an die eine selbstbestimmte Form der Umsiedlung anknüpfen könnte. Am Beispiel von Hurrikan Katrina wurde deutlich, dass vorbeugende Maßnahmen des Katastrophenschutzes wie *community resilience* sehr viel effektiver (und oft auch preiswerter) sind als ein massives Militäraufgebot nach einem extremen Wetterereignis.

Im Bereich des Klimawandels ist noch sehr viel mehr Forschung nötig, um das Wechselspiel zwischen Medien und Politik genauer zu verstehen. In diesem Beitrag konnte keine Angabe über das Ausmaß des Medieneinflusses auf die Politik gemacht werden. Es konnte im Fall von New Orleans lediglich gezeigt werden, dass die übertriebene Medienberichterstattung im Frame der Anarchie den Boden bereitet haben könnte für einen Wechsel der politischen Strategie weg vom Retten von Menschenleben und hin zur Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung. Auch wurde hier nicht zwischen verschiedenen Medien wie Fernsehen, Tageszeitungen, Radio und Internet und auch nicht zwischen bestimmten Nutzergruppen unterschieden. Schließlich konnte die umgekehrte Wirkungsrichtung von der Politik auf die Medien aus Platzgründen hier nicht genauer diskutiert werden. An dieser Stelle wäre zu fragen, inwiefern die Politik die Medien für ihre Zwecke instrumentalisierte und ob die Medien den Frame der Versicherheitlichung direkt von offiziellen Quellen übernommen haben. Bezuglich der pazifischen Inselbewohner wurde angedeutet, dass Umweltverbände und die United Nations University wichtige Impulsgeber waren, die das Thema Klimaflucht erst auf die Medienagenda setzten und bereits einen alarmistischen Frame für die Berichterstattung vorgaben. Es wäre sehr lohnenswert, diese und weitere Fragen zum Wechselspiel von Medien und Politik

am Beispiel des Klimawandels genauer zu untersuchen. Wir hoffen, dass unser Beitrag einen hilfreichen ersten Vorstoß auf dieses weitgehend unerforschte Terrain geleistet hat.

Bibliographie

- Antilla, Lisa (2005): Climate of Scepticism: US Newspaper Coverage of the Science of Climate Change. In: *Global Environmental Change*, Jg. 15. S. 338–352.
- Babbili, Anantha S. (1990): Understanding International Discourse: Political Realism and the Non-Aligned Nations. In: *Media, Culture & Society*, Jg. 12. S. 309–324.
- Balzacq, Thierry (2005): The three faces of securitization: Political Agency, Audience and Context. In: *European Journal of International Relations*, Jg. 11. S. 171–201.
- Balzacq, Thierry (2009): Constructivism and Securitization Studies. In: Mauer, Victor & Myriam Dunn Cavelty (Hg.): *Handbook of Security Studies*. London: Routledge. S. 56–72.
- Balzacq, Thierry (Hg.) (2011): *Securitization Theory: How security problems emerge and dissolve*. London: Routledge.
- Bennett, W. Lance (1988/2008): *News: The Politics of Illusion*. New York & London: Longman.
- Bigo, Didier (2007): Detention of Foreigners, States of Exception, and the Social Practices of Control of the Banopticon. In: Rajaram, Prem Kuman & Carl Grundy-Warr (Hg.): *Borderscapes: Hidden geographies and politics at territory's edge*. Minneapolis & London: University of Minnesota Press. S. 3–33.
- Black, Richard (2001): Environmental Refugees: Myth or Reality? New Issues in Refugee Research. Working Paper 34, UNHCR (<http://www.unhcr.org/research/RESEARCH/3ae6aodoo.pdf>, Zugriff am 21.3.2008).
- Bojanowski, Axel (2011): Prognose zu Klimaflüchtlingen bringt Uno in Bedrängnis. 17.4.2011, Spiegel Online (<http://www.spiegel.de/wissenschaft/natur/a-757556.html>, Zugriff am 3.8.2011).
- Boykoff, Maxwell T. & Jules Boykoff (2004): Balance as Bias: Global Warming and the US Prestige Press. In: *Global Environmental Change*, Jg. 14. S. 125–136.
- Brzoska, Michael & Angela Oels (2011): „Versicherheitlichung“ des Klimawandels? Die Konstruktion des Klimawandels als Sicherheitsbedrohung und ihre politischen Folgen. In: Brzoska, Michael; Kalinowski, Martin; Matthies, Volker & Meyer, Berthold (Hg.): *Klimawandel und Konflikte: Versicherheitlichung versus präventive Friedenspolitik?* Baden-Baden: Nomos. 51–66.
- Buzan, Barry, Ole Waever & Jaap de Wilde (1998): *Security: A new framework for analysis*. Boulder: Lynne Rienner.
- Carvalho, Anabela (2005): Representing the Politics of the Greenhouse Effect: Discursive Strategies in the British media. In: *Critical Discourse Studies*, Jg. 2. S. 1–29.
- Carvalho, Anabela (2007): Ideological Cultures and Media Discourses on Scientific Knowledge. Re-reading News on Climate Change. In: *Public Understanding of Science*, Jg. 16. S. 223–243.
- Carvalho, Anabela & Eulália Pereira (2008): Communicating climate change in Portugal: A critical analysis of journalism and beyond. In: Carvalho, Anabela (Hg.): *Communicating Climate Change: Discourses, Mediations and Perceptions*. Braga: Centro de Estudos de Comunicação e Sociedade, Universidade do Minho. S. 126–56 (http://www.lasics.uminho.pt/ojs/index.php/climate_change, Zugriff am 21.3.2008)

- Carvalho, Anabela & Jacquie Burgess (2005): Cultural circuits of climate change in UK broadsheet newspapers, 1985–2003. In: *Risk Analysis*, Jg. 25. S. 1457–1469.
- Chomsky, Noam (1989): Necessary Illusions: Thought Control in Democratic Societies. Boston: South End Press.
- Chomsky, Noam (1997): Media Control: The Spectacular Achievements of Propaganda. New York: Seven Stories Press.
- Cohen, Bernard (1963): The Press and Foreign Policy. Princeton, N.J.: Princeton University Press.
- Conisbee, Molly & Andrew Simms (2003): Environmental refugees: The case for recognition. London: new economics foundation pocketbook.
- Connell, John (2003): Losing ground? Tuvalu, the Greenhouse Effect and the Garbage Can. In: *Asia Pacific Viewpoint*, Jg. 44. S. 89–107.
- Docherty, Bonnie & Tyler Giannini (2009): Confronting a rising tide: A proposal for a convention on climate change refugees. In: *Harvard Environmental Law Review*, Jg. 33. S. 349–403.
- Doyle, Julie (2007): Picturing the Clima(c)tic: Greenpeace and the Representational Politics of Climate Change Communication. In: *Science as Culture*, Jg. 16. S. 129–150.
- Farbotko, Carol (2011): Skilful seafarers, oceanic drifters or climate refugees? Pacific people, news value and the climate refugee crisis. In: Threadgold, Terry, Bernhard Gross & Kerry Moore (Hg.): *Migrations and the Media*. New York: Peter Lang.
- Gamson, William A. & Andre Modigliani (1989): Media Discourse and Public Opinion on Nuclear Power: A Constructionist Approach. In: *American Journal of Sociology*, Jg. 95. S. 1–37.
- Gemenne, Francois (2009): Environmental Changes and Migration Flows: Normative Frameworks and Policy Responses. Dissertation in Political Science, jointly sponsored by the Institut d'Etudes Politique de Paris and the University of Liege.
- Gilboa, Eytan (2005): The CNN Effect: The Search for a Communication Theory of International Relations. In: *Political Communication*, Jg. 22. S. 27–44.
- Giroux, Henry A. (2006): Reading Hurricane Katrina: Race, Class, and the Biopolitics of Disposability. In: *College Literature*, Jg. 33. S. 171–196. (http://findarticles.com/p/articles/mi_qa3709/is_200607/ai_n16717316/print, Zugriff am 21.3. 2008).
- Gunster, Shane (2011): Radical Optimism: Expanding Visions of Climate Politics in Alternative Media. Vortrag, „Across Borders and Environments: 11th Biennial Conference on Communication and the Environment“, University of Texas, El Paso, 25–28. 6. 2011.
- Haddow, George D. & Jane A. Bullock (2003): Introduction to Emergency Management. New York: Butterworth Heinemann.
- Hartmann, Betsy (2010): Rethinking Climate Refugees and Climate Conflict: Rhetoric, reality and the politics of policy discourse. In: *Journal of International Development*, Jg. 22. S. 233–246.
- Herman, Edward S. & Noam Chomsky (1988): Manufacturing Consent: The Political Economy of the Mass Media. New York: Pantheon Books.
- Hulme, Mike (2007): Newspaper scare headlines can be counter-productive. In: *Nature*, Jg. 445. S. 818.
- Jakobeit, Cord & Chris Methmann (2007): Klimaflüchtlinge: Die verleugnete Katastrophe. Auftragsstudie für Greenpeace. Hamburg: Greenpeace Deutschland.
- Kolmannskog, Vikram O. (2008): Future floods of refugees: A comment on climate change, conflict and forced migration. Oslo: Norwegian Refugee Council. (www.nrc.no/arch/_img/9268480.pdf, Zugriff am 3. 9. 2009).

- Lippman, Walter (1922/1960): *Public Opinion*. New York: MacMillan.
- Masquelier, Adeline (2006): Why Katrina's Victims Aren't Refugees: Musings on a 'Dirty' Word. In: *American Anthropologist*, Jg. 108. S. 735–743.
- Mazur, Allan (1998): Global Environmental Change in the News. In: *International Sociology*, Jg. 13. S. 457–72.
- McCombs, Maxwell & Donald Shaw (1972): The agenda-setting function of the mass media. In: *Public Opinion Quarterly*, Jg. 36. S. 176–87.
- McCright, Aaron & Riley Dunlap (2000): Challenging Global Warming as a Social Problem: An Analysis of the Conservative Movement's Counter-claims. In: *Social Problems*, Jg. 47. S. 499–522.
- McCright, Aaron & Riley Dunlap (2003): Defeating Kyoto: The Conservative Movement's Impact on U.S. Climate Change Policy. In: *Social Problems*, Jg. 50. S. 348–73.
- McNamara, Karen Elizabeth & Chris Gibson (2009): „We Do Not Want to Leave our Land“: Pacific ambassadors at the United Nations resist the category of „climate refugees“. In: *Geoforum*, Jg. 40. S. 475–483.
- Morrissey, James (2009): Environmental Change and Forced Migration: A State of the Art Review. Oxford: Refugee Studies Centre, University of Oxford.
- Myers, Norman (1995): Environmental Exodus: An Emergent crisis in the global arena. Washington D.C.: The Climate Institute.
- Myers, Norman (2001): Environmental Refugees. A Growing Phenomenon of the 21st Century. In: *Philosophical Transaction of the Royal Society: Biological Sciences*, Jg. 357. S. 609–613.
- O'Heffernan, Patrick (1991): *Mass Media and American Foreign Policy*. Norwood: Ablex.
- O'Neill, Saffron & Sophie Nicholson-Cole (2009): „Fear Won't Do It“: Promoting positive engagement with climate change through visual and iconic representations. In: *Science Communication*, Jg. 30. S. 355–379.
- O'Reilly, Ciaran (2008): Primetime Patriotism: News Media and the Securitization of Iraq. In: *Journal of Politics and Law*, Jg. 1. S. 66–72.
- Oels, Angela (2009): Flüchtlingsstatus für Klimaflüchtlinge: Rechtsschutz oder Entmündigung? Vortrag im Rahmen des Panel „Ressourcenkonflikte“ der Sektion Internationale Politik der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft (DVPW) auf dem DVPW-Kongress in Kiel am 22. 9. 2009.
- Oels, Angela (2011): From „securitisation“ of climate change to „climatisation“ of the security field. Comparing three theoretical perspectives. In: Scheffran, Juergen, Michael Brzoska, Hans Guenter Brauch, Peter Michael Link & Janpeter Schilling (Hg.): *Climate Change, Human Security and Violent Conflict: Challenges for Societal Stability*. Berlin: Springer.
- Oels, Angela (2012): Rendering Climate Change Governable by Risk: From probability to contingency. In: *Geoforum*, Sonderausgabe zum Thema „Natures of Risk“, im Erscheinen.
- Olausson, Ulrika (2009): Global warming-global responsibility? Media frames of collective action and scientific certainty. In: *Public Understanding of Science*, Jg. 18. S. 421–436.
- Oreskes, Noam & Erik M. Conway (2010): *Merchants of Doubt: How a Handful of Scientists Obscured the Truth on Issues from Tobacco Smoke to Global Warming*. New York: Bloomsbury Press.
- Robinson, Piers (2001): Operation Restore Hope and the Illusion of a News Media Driven Intervention. In: *Political Studies*, Jg. 49. S. 941–956.
- Sampei, Yuki & Midori Aoyagi-Usui (2009): Mass-media coverage, its influence on public awareness of climate-change issues, and implications for Japan's national campaign to reduce greenhouse gas emissions. In: *Global Environmental Change*, Jg. 19. S. 203–212.

- Stritzel, Holger (2007): Towards a Theory of Securitization: Copenhagen and beyond. In: European Journal of International Relations, Jg. 13. S. 357–383.
- Tierney, Kathleen, Christine Bevc & Erica Kuligowski (2006): Metaphors matter: Disaster myths, media frames, and their consequences in Hurricane Katrina. In: Annals of the American Academy of Political and Social Science, Jg. 604. S. 57–81.
- Tompkins, Emma L. & Neil Adger (2005): Defining response capacity to enhance climate change policy. In: Environmental science & policy, Jg. 8. S. 562–571.
- Trombetta, Maria Julia (2011): Rethinking the Securitization of the Environment: Old beliefs, new insights. In: Balzacq, Thierry (Hg.): Securitization Theory: How security problems emerge and dissolve. London: Routledge. S. 135–149.
- Trumbo, Craig (1996): Constructing Climate Change: Claims and Frames in US News Coverage of an Environmental Issue. In: Public Understanding of Science, Jg. 5. S. 269–73.
- United Nations Framework Convention on Climate Change (UNFCCC) (2011): Report of the Conference of the Parties on its sixteenth session, held in Cancun from 29 November to 10 December 2010; Addendum; Part Two: Action taken by the Conference of the Parties at its sixteenth session, FCCC/CP/2010/7/Add.1 (<http://unfccc.int/resource/docs/2010/cop16/eng/07ao1.pdf#page=4>, Zugriff am 2. 8. 2011).
- United Nations General Assembly (2009): Climate change and its possible security implications. Report of the Secretary-General, A/64/350 (2009), New York.
- United Nations Security Council (2007a): Minutes 5663rd meeting, 17 April 2007, New York, S/PV.5663.
- United Nations Security Council, (2007b): 5663rd meeting, 17 April 2007, 3 p. m., New York, S/PV.5663 (Resumption 1).
- United Nations Security Council (2011a): 6587th meeting, 20 July 2011, 10 a. m., New York, S/PV.6587.
- United Nations Security Council (2011b): 6587th meeting, 20 July 2011, 3 p. m., New York, S/PV.6587 (Resumption 1).
- United Nations University (2005): As ranks of „environmental refugees“ swell worldwide, calls grow for better definition, recognition, support. Presseerklärung vom 11.10. 2005 (<http://www.ehs.unu.edu/file/get/3916>, Zugriff am 3. 8. 2011).
- Vultee, Fred (2011): Securitization as a Media Frame: What happens when the media „speak security“? In: Balzacq, Thierry (Hg.): Securitization Theory: How security problems emerge and dissolve. London: Routledge. S. 77–93.
- Waever, Ole (1995): „Securitization and Desecuritization“. In: Lipschutz, Ronnie D. (Hg.): On security. New York: Columbia University Press. S. 46–86.
- Warner, Koko (2010): European (im)migration policy and environmental change: institutional and governance gaps. In: European View, Jg. 9. S. 189–204.
- Waugh, William L. (2000): Living with Hazards, Dealing with Disasters: An Introduction to Emergency Management. New York: M. E. Sharpe.
- Weingart, Peter, Anita Engels & Petra Pansegrouw (2000): Risks of Communication: Discourses on Climate Change in Science, Politics, and the Mass Media. In: Public Understanding of Science, Jg. 9. S. 261–83.